

## Ä100 Kapitel 2: Gerechtes Miteinander stärken

Antragsteller\*in: Marco Tiedtke und Petra Čagalj Sejdi

Beschlussdatum: 23.01.2024

### Text

Von Zeile 750 bis 755:

Unser Ziel ist eine inklusive Verwaltung und öffentlicher Dienst in der Menschen mit Behinderung gleichberechtigt arbeiten können.

Wesentliche Schritte sind:

Die Erhöhung der Quote für die Einstellung von Menschen mit Behinderung im öffentlichen Dienst von 5 auf 10 Prozent.

Der Übergang von noch vorhandenen Außenarbeitsplätzen in den ersten Arbeitsmarkt wollen wir BÜNDNISGRÜNE regelmäßig prüfen lassen. Ebenso fordern wir eine umfangreiche Umwandlung in Festanstellungen. Wir wollen erreichen, dass besonders Arbeitsplätze in öffentlicher Hand hier mit gutem Beispiel voran gehen.

~~Wir setzen uns ein für eine inklusive Verwaltung, in der Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt arbeiten können. Unser Ziel ist die Erhöhung der Quote für die Einstellung von Menschen mit Behinderung im öffentlichen Dienst von 5 auf 10 Prozent, denn der öffentliche Dienst ist Vorbild für inklusive Beschäftigung.~~

Zudem wollen wir in allen Dienststellen des Freistaates eine Vertrauensperson bzw. eine Schwerbehindertenvertretung bereits ab 70 schwerbehinderte beschäftigten Menschen freistellen. Wir senken die Grenze von 100 auf 70 Personen. Damit wollen wir als Freistaat vorangehen und Vorbild sein für inklusive Beschäftigung und eine starke Selbstvertretung.

Die konsequente Umsetzung auf Landesebene zur Beteiligung und Mitwirkung der Schwerbehindertenvertretung an Maßnahmen was einen einzelnen Menschen mit Behinderung oder einer Gruppe von Menschen mit Behinderung berührt.